

Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut / Nr. 43

herausgegeben

von Professor Dr. Dr. Georg RESS

und Professor Dr. Michael R. WILL

Gerhard W. DRESSLER

Direktor der Dresdner Bank, Saarbrücken

**STAHL IM RECHTLICHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN
SPANNUNGSFELD
BRÜSSEL – BONN – SAARBRÜCKEN**

Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes

Saarbrücken, 9. November 1984

Einleitung: Montanindustrie: Was umfaßt sie, wo ist sie anzutreffen?

Hauptteil: I. Europäische Stahlpolitik vor dem Hintergrund einer zehnjährigen Weltstahlkrise

II. Maßnahmen der deutschen resp. saarländischen Stahlindustrie zur Anpassung an die Krisensituation

III. Restrukturierung der saarländischen Stahlhütten

Schluß: ARBED-Saarstahl - immer gut für Schlagzeilen?

Montanindustrie: Was umfaßt sie, wo ist sie anzutreffen?

Hinter dem Wort "Montanindustrie" verbergen sich die Begriffe Eisen - Stahl - Kohle.

Mit fortschreitender Industrialisierung entsteht - zunächst in den Industriestaaten - eine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt leistungsfähiger werdende Schwerindustrie¹. Sie siedelt sich naturgemäß zunächst auf den Kohlelagerstätten an. Diese befinden sich in den bekannten großen Becken Oberschlesien, Rhein-Ruhr, Saar-Lor-Lux-Raum. In jüngerer Zeit werden auch Küstenlagen gewählt. So sind heute Stahlwerke an der Nordsee (Klöckner), in Dünkirchen, an der belgischen Küste (Sidmar), in Marseille (FOS) anzutreffen.

Die besondere Rolle der Schwerindustrie, die nach den Vorstellungen der letzten hundert Jahre Macht, industrielle Kraft und deutsche Zuverlässigkeit verkörpert, veranlaßt die Alliierten dann auch, nach dem zweiten Weltkrieg der deutschen Wirtschaft ein besonderes System der Entflechtung aufzuerlegen². Hiermit werden unter anderem die in den Vereinigten Stahlwerken zusammengeschlossenen Stahlkapazitäten wieder in ihre Einzelteile zerschlagen. In der späteren Folge bildet die Montanunion den Kristallisationspunkt für den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas in der EG³.

Was ist nun eigentlich Stahl? Keine Angst, wir machen keinen Exkurs in die Naturwissenschaften. Lassen Sie mich nur einige Grundbegriffe, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder auftauchen, kurz erläutern. Stahl entsteht in drei Phasen: Erstens Roheisen - im Hochofen. Zweitens Rohstahl - im Konverter. Beide Produktionsvorgänge zusammen bilden die sogenannte Flüssigphase. Drittens die Endprodukte - im Walzwerk. Hier unterscheidet man Langprodukte (Träger, Schienen, Draht) und die Flachprodukte, darunter Grobbleche (für Schiffs- und Anlagenbau) und Feinbleche (für Automobil- und Verpackungsindustrie).

Sind die Stufen 1 - 3 zusammen mit einer Kokerei unter einem Dach vereinigt, spricht man von einem integrierten Hüttenwerk. Dieses unterscheidet sich von den heute vielfach anzutreffenden Elektro- oder Mini-stahlwerken (Oberitalien). In ihnen kann auch aus minderwertigem Eisenschrott direkt, also ohne Hochofen, Bau- und Betonstahl preiswert hergestellt werden.

Last, not least, gibt es noch eine nachgeordnete Stufe, die Stahlweiterverarbeitung. Hierunter fallen Ziehereien, Schraubenfabriken und Gesenkschmieden sowie Stahlbauunternehmen vom Familienbetrieb bis zum Großkonzern.

Lassen Sie mich anhand einiger weniger Zahlen die Bedeutung der Stahlindustrie für die Bundesrepublik kurz umreißen⁴:

Rohstahlproduktion jährlich ca. 35 bis 40 Mio Tonnen - in der gesamten EG liegt die Rohstahlproduktion bei ca. 110 Mio Tonnen.

Umsatz jährlich ca. 40 Mrd. DM.

Beschäftigte noch gut 150.000 - nachdem seit 1965 über 100.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

Eine Trendwende ist bei langfristig weltweit nur mäßig wachsendem Stahlverbrauch nicht zu erwarten.

I. Europäische Stahlpolitik vor dem Hintergrund der Weltstahlkrise

Beim Rückblick über 10 Jahre sind deutlich vier Entwicklungsphasen, die - um es vorweg zu sagen - immer mehr in die Zwangswirtschaft und Subventionsgewährung hineingeführt haben, zu erkennen⁵. Gestatten Sie mir zunächst einen Vergleich, den Dr. Vondran⁶, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, auf dem Stahlhandelstag anlässlich der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel gezogen hat, voranzustellen:

"Im deutschen Wettbewerbswald wird unverhofft ein Wanderer von einer Schlange gebissen. Er legt sich selbst, so gut es geht, einen Verband an und schleppt sich mühsam bis in das tief im Wettbewerbswald liegende

Schloß des Grafen. Das (Subventions-)Gift der von jenseits der Grenze kommenden Schlange - dort ist der Wettbewerbswald längst abgestorben - ist tödlich. Der Graf selbst hilft nicht, bringt aber den Kranken ins jenseits der Grenze liegende Spital der Hohen Behörde. Die Ärzte aus vielen europäischen Ländern beratschlagen, verordnen aber nicht - wohl aus Angst vor der Schlange - das durchaus bekannte Serum (genannt Subventionsverbot). Dagegen wird aus einem alten Artikel im Schrank eine neue Kompresse gemacht. Ein Arzt meint, der Kranke wird sein Bein verlieren und langsam sterben. Er hat ein starkes Herz, er muß ohnehin kleiner werden, lautet die kühle Antwort. Zur Vorsorge wird die Kompresse auch auf das gesunde Bein gelegt. Der Kranke bäumt sich nochmals auf, als sie Hand an ihn legen, dann wehrt er sich nicht mehr, und - wie im Märchen - wenn er nicht gestorben ist, so lebt er gar noch heute. Die Schlangen vermehren sich und sind nun allerorts zu finden; die Hohe Behörde hat sie unter Naturschutz gestellt."

Nun zu den vier Entwicklungsphasen.

Phase 1: Grundsätzlich sind die Probleme von Überkapazitäten infolge des Weiterführens unrentabler Anlagen bereits mit Abschluß des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg bzw. Beendigung des Koreakrieges erkennbar. Kurzfristige, politisch wie konjunkturell bedingte Nachfragespitzen lenken immer wieder von den eigentlichen Notwendigkeiten ab. So löst die Ölkrise 1973 enorme Investitionen und damit einen Stahlboom aus. Diese hektische Nachfrage treibt weltweit Stahl- und Schrottpreise in ungeahnte Höhen, so daß - wie in anderen Ländern - erstmals auch bei uns der Ruf nach dem Staat ("der diese sprunghafte Entwicklung zu bremsen habe!") zu vernehmen ist.

Phase 2: Schneller als erwartet bricht der Boom Ende 1974/Anfang 1975 im Zuge allgemeiner Wachstumsverluste zusammen⁷. Die deutsche Stahlproduktion schrumpft innerhalb eines Jahres um ein Viertel, das sind 13 Mio Tonnen. Wieder ertönt der Ruf nach dem Staat, diesmal unter Berufung auf Art. 58 des Montanvertrages wegen Ingangsetzung des Krisenmechanismus⁸. Die deutsche Wirtschaft hält in einem ungeheuren Kraftakt fünf Jahre, nämlich bis Oktober 1980, stand. Die Politik nutzt die ihr gebotene Chance nicht, die Industrie erbringt ihre Opfer umsonst. Immerhin werden in dieser Zeit einige Milliarden DM Kapital verzehrt⁹. Gleichwohl werden,

um im Bild des Wanderers zu bleiben, in diesen fünf Jahren auch Abwehrkräfte mobilisiert, so die nichtsubventionierten "europäischen" Stahlunternehmen zu einer Interessengemeinschaft (DeNeLux) zusammengefaßt¹⁰ und alle europäischen Stahlerzeuger in EUROFER zusammengeschlossen¹¹, um die Krise möglichst konfliktfrei auf nationale Produzenten zu verteilen, wobei das Kernproblem, nämlich, den Mißbrauch öffentlicher Gelder zu unterbinden, natürlich nicht gelöst wird.

Aber die Regierungen der EG-Länder können keinen Konsens finden, subventionieren vielmehr von Jahr zu Jahr zunehmend¹². So zahlen Belgien, Frankreich, Italien und Großbritannien für ihre Stahlindustrie rund 100 Mrd. DM, nämlich in der Zeit von 1975 bis 1980 90 DM pro Tonne Wahlstahl, und seit Beginn der Phase 3, d.h. 1980 bis Mitte 1983, 210 DM pro Tonne Walzstahl. Im Spätsommer 1980 kündigt Klöckner die Mitwirkung bei EUROFER II, nachdem die Italiener schon zuvor auszusteigen versucht hatten. Damit war die zweite Phase, die der selbstverantworteten Krisenregelung, vorläufig beendet.

Es stellt sich die entscheidende Frage, ob die Krankheit an ihrem Herd durch Subventionsverbot, ohne das ein Gemeinsamer Markt nicht zu haben ist, bekämpft werden soll, oder ob man an Symptomen mit schmerz lindern- den Mitteln kurieren soll, die gleichwohl schreckliche Nachwirkungen haben. Die Metastasen der Zwangswirtschaft befallen auch gesunde Teile des Wirtschaftskörpers.

Während der Beratungen stimmen alle deutschen Mitglieder - Gewerkschaften, Verbraucher, Händler und Produzenten - gleichermaßen für die Roßkur. Die Regierung billigt aber letztlich die Anwendung des Art. 58 des Montanvertrages und öffnet damit das Tor zur Brüsseler Planwirtschaft.

Phase 3 (Oktober 1980 bis Mitte 1983): Produktions- und Lieferquoten werden festgelegt¹³, ein Überwachungssystem installiert. Zunächst wird es auf ein halbes Jahr befristet, denn schnell soll diese Regelung wieder abgeschafft werden. Das Gegenteil ist der Fall: Dreimal werden auf Vorschlag der EG-Kommission die Antikrisenmaßnahmen verlängert. Geradezu zwangsläufig muß das Kontrollsystem schrittweise perfektioniert werden. Als Beispiel für diese Zwangsläufigkeit seien angeführt:

- Bleibt ein Produkt ausgenommen, zieht es den Wettbewerb an. Folge: Es

muß ebenfalls reglementiert werden.

- Wird der Stahlhandel von den Preisbestimmungen ausgenommen, sind die Bemühungen bei den Produzenten vergeblich.

Die zunächst vorhandenen Freiräume der Industrie werden immer weiter eingeengt; Politiker und Beamte greifen immer mehr in das System ein.

Phase 4: Mitte 1983 übernimmt Brüssel mit Einführung des Subventionskodex¹⁴ die uneingeschränkte Verantwortung für den Stahlmarkt. Die Regelungen, bis Ende 1985 festgeschrieben, sehen vor, daß dann alle Subventionen wegfallen müssen. Bis dahin aber können Beihilfen unter bestimmten restriktiven Bedingungen gegeben werden, und zwar

- den beantragten Subventionen müssen äquivalente Kapazitätsreduzierungen gegenüberstehen;
- die Beihilfen müssen degressiv ausgestaltet sein; Fristen sind zu beachten, etc.

Diese Regelungen haben nach bisheriger Erkenntnis zur Folge, daß die Schwachen immer schwächer und die Starken immer stärker werden, weil sie nicht um Subventionen einkommen müssen, deren Genehmigung wiederum von Kapazitätsreduzierungen abhängig ist¹⁵.

Ende 1983 werden dann Mindestpreise für Flacherzeugnisse und Trägerprofile verordnet, die zu einem weiter zunehmenden Importdruck aus Drittländern führen.

Besonders im Brennpunkt stehen hier die Langprodukte, bei denen die Importquote sich in 10 Jahren von 24 % auf rund 50 % mehr als verdoppelt hat. Eine vorübergehende Ausnahme macht nur Betonstahl, der von einer kurzen, konjunkturrell bedingt stärkeren Nachfrage profitiert. Die für die Drittländer geltenden Importquoten/Importbasispreise werden oft durch Deklassierung umgangen. Ähnlich beliebt ist der Trick, bei vereinbarter Selbstabholung durch den Händler entfernt gelegene Bestimmungs-orte vorzutäuschen und sich entsprechende Ablauffrachten vergüten zu lassen. Damit werden die Mindestpreise der EGKS-Hersteller unterlaufen.

Verständlich werden diese Reaktionen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß von 1975 bis 1983

- (1) bei Langprodukten die inländische Marktversorgung und die Exporte rückläufig sind, was zu einem Rückgang der Gesamtlieferungen um 30 % geführt hat;
- (2) die deutsche Stahlindustrie seit 1975 allein in Langprodukten etwa 150.000 bis 200.000 Tonnen Monatsabsatz an den Import verloren hat - das ist die Produktion eines ganzen Stahlwerks von der Dimension der ARBED Saarstahl.

Beim Unterschreiten der Mindestpreise werden Sanktionen verhängt. Die Strafen werden von den hinterlegten Kauttionen (aus Schaden wird man klug) abgebucht.¹⁶

Und die weitere Entwicklung? Alle Fachleute bezweifeln eine dem Kodex entsprechende Abschaffung der Subventionspraxis nach 1985.¹⁷ Nach aller Erfahrung werden sich die europäischen Nachbarn hieran nicht halten können. Frankreich und Italien haben dies bereits angekündigt. Definitiv werden wir vielleicht nach der Sondertagung des EG-Minister-rats klarer sehen. Details über den vollzogenen Kapazitätsabbau sind in der "Saarbrücker Zeitung" nachzulesen.¹⁸

II. Maßnahmen der deutschen bzw. saarländischen Stahlindustrie zur Anpassung an die Krisensituation

Tendenziell bemüht sich die heimische Stahlindustrie schon sehr lange und immer wieder, der Krise mit privatwirtschaftlichen Mitteln entgegenzuwirken.¹⁹ So beginnt der Personalabbau in der deutschen Stahlindustrie weit früher als die soeben besprochene zehnjährige Krisenperiode und zu einem Zeitpunkt, in dem in der übrigen EG noch Beschäftigte eingestellt werden. Ähnlich verhält es sich mit den Kapazitäten, die seit 1965 in Deutschland nur noch mäßig, in der übrigen EG dafür deutlich aufgebaut werden. Einige wenige Zahlen, die die Szenerie schlaglichtartig beleuchten, verdeutlichen das Ausmaß der Anstrengungen. So werden von 1965 bis 1982

- in Deutschland rund 81.000 Arbeitsplätze, das sind 33 % der Beschäftigten,
- in der übrigen EG 69.000 Arbeitsplätze, das sind 21 % der Beschäftigten,

abgebaut. Das verursacht enorme Sozialplankosten, die zu Lasten der Unternehmenssubstanzen gehen, schätzungsweise 2 Mrd. DM bisher und weitere 2 Mrd. DM bis 1985.

In den letzten Jahren sind dies 34.000 DM für jeden auf diesem Wege ausgeschiedenen Stahlarbeiter.²⁰

Nichts verdeutlicht augenfälliger, was es heißt, derart fundamentale Strukturänderungen ohne fremde (staatliche) Hilfe zu verkraften, als die permanent rückläufige Eigenkapitalquote der deutschen Stahlunternehmen.²¹ Beträgt sie 1965 noch 36,6 %, vermindert sie sich bis 1975 auf 26 %, um bis 1981 weiter zu sinken auf sage und schreibe 21 %.

Hinter diesen Prozentzahlen verbirgt sich ein Eigenkapitalverzehr von schätzungsweise 8 bis 10 Mrd. DM, der insbesondere von den erratischen Entwicklungen der letzten Jahre verursacht wird. Dieser enorme Aderlaß muß zwangsläufig die Investitionsmöglichkeiten und in der Folge davon die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie schwächen. Vergleichen wir nur über fünf Jahre die in den stahlproduzierenden Ländern pro erzeugte Tonne Rohstahl investierten Beträge:

Land	US\$ / to Rohstahl
USA	34
Japan	31
Italien	33
Großbritannien	30
Belgien	20
Frankreich	20
Bundesrepublik Deutschland	18

Die Zahlen sprechen für sich. Selbst die immer als fußkrank apostrophierten Stahlindustrien Belgiens und Frankreichs können stärker investieren als unsere. Die deutsche Stahlindustrie trägt die "rote Laterne". Es liegt auf der Hand, daß Industrie und Volkswirtschaft dies auf Dauer nicht hinnehmen können, wenn wir unseren traditionellen Produktivitätsvorsprung behaupten und unserem Qualitätsanspruch gerecht werden wollen. An dieser Stelle sei auch daran erinnert, daß bekanntlich an jedem Arbeitsplatz in der Stahlindustrie zwei bis drei weitere in anderen Industrien sowie bei Handel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe hängen.

Im Sommer 1982 überschlagen sich die Ereignisse, eine Katastrophenmeldung jagt die andere: Bauknecht, Wiener Wald, AEG.

ARBED Saarstahl kommt in großem Ausmaß um Hilfen ein und wird im Herbst zum Tagesthema. Auch über andere deutsche Stahlunternehmen wird gesprochen, zumindest hinter vorgehaltener Hand. Ende 1982 ist es soweit - auf Initiative von Otto Graf Lambsdorff werden 3 Moderatoren eingesetzt. Es sind dies die Herren Bierichs (Sprecher, geschäftsführendes Vorstandsmitglied bei Bosch, früher Vorstandsmitglied der Allianz, davor Mannesmann), Herrhausen (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank), Vogelsang (Unternehmensberater, früher Krupp-Manager).

Der Auftrag lautet, Vorschläge für unternehmensübergreifende Kooperationen und marktstabilisierende Maßnahmen zu erarbeiten und vorzulegen.

Während bezüglich der marktstabilisierenden Maßnahmen übereinstimmende Vorschläge vorgetragen werden, kommt es hinsichtlich der unternehmensübergreifenden Kooperation zu keiner einheitlichen Meinung. In den darauffolgenden Wochen und Monaten werden die Konzepte in aller Öffentlichkeit diskutiert und mehr oder weniger zerredet. Lange wird zwischen Thyssen und Krupp verhandelt - die Eheschließung scheitert aber in letzter Minute. Erst jüngst wird bekannt, daß Krupp und Klöckner jetzt unter Einbeziehung des größten australischen Grundstoffkonzerns CONZINC RIOTINO of AUSTRALIA (CRA) ihre Stahlbereiche zusammenlegen werden.²² Ist dies eine Notlösung? Die Moderatoren haben diese Variante jedenfalls nicht vorgesehen, und die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht von der Fusion der Frustrierten.²³

Die Diskussion über Synergie-Effekte und Austausch von Produktionsprogrammen sowie Kapazitäts- und Personalabbau kommt wieder in Bewegung.²⁴ Und weil Personalabbau immer am schmerzlichsten von den unmittelbar betroffenen Regionen zu verkraften ist, melden sich diese, wie gehabt, zu Wort.²⁵ Hier im Saarland ist dies ja auch immer wieder an der Tagesordnung.

In der Tat tritt im Saarland oder genauer gesprochen am Landessorgenkind Nr. 1, nämlich ARBED Saarstahl, die Interdependenz der beschäftigungspolitischen Problematik besonders plastisch zu Tage.

Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen generellen Krisensituation wachsen die Schwierigkeiten auch in Völklingen. Akute Liquiditätsengpässe gefährden das einvernehmlich begonnene Restrukturierungskonzept. Es droht, vor seinem Abschluß vorzeitig auf der Strecke zu bleiben. Die Machbarkeit eines Konkurses als Ausweg aus dem Dilemma wird offen diskutiert.

Die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes faßt im Sommer 1983 in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten die wesentlichen Überlegungen zusammen. Die IHK spricht von einem Gesamtverlust von mehr als 50.000 Arbeitsplätzen in saarländischen Betrieben, vorwiegend bei Stahl und Kohle, aber nicht nur dort. Legt man das jährliche Beschaffungsvolumen von 800 bis 900 Millionen DM zugrunde, ergibt sich folgende Rechnung:

Etwa die Hälfte entfällt auf Kohle und bindet bei den Saarbergwerken grob gesprochen 4.000 Arbeitnehmer. An der anderen Hälfte sind etwa 1.000 mittelständische Unternehmen beteiligt, von denen manches in arge Bedrängnis geraten müßte, wenn die Käufe der Hütte ausbleiben. Aufgrund dieser teilweise sehr engen Verflechtungen befürchtet die Kammer eine Kette von Insolvenzen eben bei diesen Zulieferbetrieben und rechnet mit einem Verlust von 3.000 bis 4.000 Dauerarbeitsplätzen.

III. Die Restrukturierung der saarländischen Stahlhütten

Lassen Sie mich, zum besseren Verständnis der Vorgänge, die Umrisse des Restrukturierungskonzepts der Saalhütten und damit sozusagen auch die Entstehungsgeschichte von ARBED Saarstahl kurz umreißen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen werden dabei in ihrer großen Linie deutlich sichtbar. Im Detail sind sie ein nimmer enden wollendes Thema, das zugegebenermaßen auch an das Krankheitsbild unseres schwerkranken Wanderers erinnert.

Die Ursprünge der Eisenerzeugung im Saarland reichen Jahrhunderte zurück. Schwergewichtig beginnt die industrielle Entwicklung um die Mitte und gegen Ende des letzten Jahrhunderts. Bereits 1856, also vor mehr als 125 Jahren, gründet eine belgisch-luxemburgische Unternehmensgruppe die Burbacher Hütte im heutigen Saarbrücken. Später wird

diese mit zwei anderen luxemburgischen Stahlunternehmen zur ARBED (Aciéries Réunies Burbach-Eich-Dudelange) zusammengeschlossen.

1873 gründet die Familie Röchling die Völklinger Hütte.

1971 schließen sich ARBED und RÖCHLING zusammen, die Stahlwerke RÖCHLING BURBACH GmbH Völklingen entstehen. Die beiden Gruppen bleiben daran zunächst zu jeweils einer Hälfte beteiligt.

1978 erwirbt ARBED die Mehrheit am NEUNKIRCHER EISENWERK, der geschichtsträchtigsten aller Hütten, an der auch das bekannte Handelshaus OTTO WOLFF beteiligt ist. Das NEUNKIRCHER EISENWERK war einige Jahre zuvor durch den Konkurs des STUMM-Konzerns, des anderen Groß-Aktionärs, in arge Bedrängnis geraten und mittlerweile im Grunde selbst konkursreif.

Vor dem Hintergrund eines umfänglichen Restrukturierungsprogramms wird der ARBED dieser Erwerb praktisch auferlegt und zu einem der Kernpunkte des über mehrere Jahre ausgelegten Konzepts. Das von der ARBED industriell geführte Programm wird von allen Beteiligten, insbesondere von der Bundes- und Landesregierung sowie von den Gewerkschaften, unterstützt. Es wird von der Grundidee getragen, die drei saarländischen Hüttenwerke, die Langprodukte herstellen (Neunkirchen, Burbach, Völklingen), schrittweise unter einem Dach zu vereinigen. Walzwerkskapazitäten sollen an allen drei Standorten beibehalten werden, um vor Ort möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. In der Folge soll eine weitergehende Zusammenarbeit an der Saar verwirklicht werden - zur Zeit wird nach Kooperationsmöglichkeiten mit der DILLINGER HÜTTE gesucht. Erste Schritte sind bereits getan. In Dillingen steht die ZKS (Zentralkokerei Saar), eine Gemeinschaftsgründung der beiden Hütten mit den Saarbergwerken. Die gemeinsame Roheisengesellschaft (ROGESA) baut ebenfalls in Dillingen einen weiteren Hochofen, nach dessen Fertigstellung 1986 die Feuer in den Völklinger Hochöfen wohl für alle Zeiten erlöschen werden.²⁶

Finanziell erfordert das Konzept, das dem zwangsläufigen, eingangs dargestellten Kapazitätsabbau der EG unterworfen ist, bisher kaum geahnte Investitionssummen für:

- Anlagen modernster Technologie in Stahlwerks- und Walzwerksbereichen sowie in der Weiterverarbeitung;
- die vorerwähnte gemeinsame Roheisen- und Kokserzeugung;
- die Abfindungen für ausscheidende Belegschaftsmitglieder im Rahmen von Sozialplänen.

Beliebte Ansatzpunkte der Kritik sind:

- "Zu große Kapazität in verkehrsmäßig ungünstiger Lage" (Frachtkosten, Stichwort: Saarkanalisation);
- "Konkurrenz und unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Ruhr und Saar";
- "Zu einseitige Konzentration auf eine nicht oder nicht mehr konkurrenzfähige Produktpalette". Betonstahl wird heute fast überall und in Ministahlwerken billiger hergestellt - wachsender Importdruck ist die Folge.
- "Zu viele Beschäftigte - zu komfortable Sozialpläne - Wasserkopf".

Richtig an diesen Aussagen ist:

- Mit hohem finanziellem Aufwand ist das modernste Stahlwerk Europas entstanden. Gleichzeitig werden drei voll integrierte Hüttenwerke zu einem zusammengefaßt.
- ~~- Anstelle von sieben Stahlwerken an drei Standorten gibt es heute noch zwei in Völklingen.~~
- Von 21 Walzstraßen existieren noch 7. - Der noch Anfang der siebziger Jahre geäußerte Vorwurf: "Den Stahl an der Saar kochten zu viele Köche in zu vielen Töpfen", der die seinerzeitige Situation charakterisierte, trifft damit heute nicht mehr zu.
- Ein entscheidender Wandel zu höherwertigen Produkten wird vollzogen: Der Anteil an Qualitäts- und Edelstählen beträgt jetzt etwa 50 %.
- Der verbleibende Teil des Produktionsvolumens umfaßt in der Tat die Seite Langprodukte, deren Absatz von Krisenjahr zu Krisenjahr nicht zuletzt wegen des zunehmenden Importdrucks problematischer wird. Im Durchschnitt erreichen die Importe 50 % der Marktversorgung und liegen bei einzelnen Erzeugnissen sogar noch darüber.

Manches zum Besseren ist durch Quotentausch etc. bewirkt worden; die Ausgangslage läßt sich jedoch nicht verändern, in den Walzwerken für Draht und Träger kann man keine Automobilbleche herstellen.

- Die bei der Produktion angewandte Technologie ist auf dem neuesten Stand der Technik. So gelingt es dem Unternehmen heute, auch Stahlsorten höchster Ansprüche über den Strang zu vergießen und damit den Stranggußanteil an der Rohstahlerzeugung auf inzwischen rund 90 % zu steigern. Im Vergleich: Die EG kommt auf rund 60, die USA auf 31 und Japan auf 86 %.
- Der Belegschaftsabbau seit 1977 beträgt 11.000 Mitarbeiter oder 52 %.
- Die Walzwerkproduktion wird im Zuge der Restrukturierung immer weiter zurückgenommen:

1978	auf 289.000 Moto,
1981, angesichts der akuten Krise,	auf 223.000 Moto und
Ende 1982 auf kaum noch zu vertretende	163.000 Moto.

Die Plandaten für 1984 bis 1986 gehen wieder von einem Erreichen der 200.000 Moto-Marke aus.

Welche Alternativen gibt es? Im Jahre 1978: (1) Der sofortige Konkurs des NEUNKIRCHER EISENWERKS. Wenn die Ereignisse nicht unmittelbar auf Burbach und Völklingen abstrahlen, dürften (2) diese Hütten ohne grundlegende Investitions- oder Kooperationsmaßnahmen spätestens mit dem Fortschreiten und Eskalieren der Stahlkrise nicht mehr überlebt haben. (3) Eine Auffanglösung - und hiermit gebe ich vielleicht ein Stichwort für die nachfolgende Diskussion - ist aufgrund der weniger attraktiven Produktionspalette und wegen der über weite Teile total veralteten Produktionsanlagen dann kaum vorstellbar.

Fazit: Die bereits dargestellten wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Probleme treten unmittelbar schlagartig und mit aller Härte auf.

Kritiker vergessen dabei auch allzu leicht, daß dieses Restrukturierungsprogramm 1978, also zu einem Zeitpunkt anläuft, in dem sich die allgemeinen wirtschaftlichen Aspekte günstiger darstellen. Das Programm wird zunächst als beispielhaft für die Bundesrepublik und richtungweisend für Europa beschrieben. Erst die eskalierende Stahlkrise, von der das Unternehmen sozusagen auf halber Strecke getroffen wird, stellt

den Ablauf in Frage. Die Phase der plötzlichen, weltweiten und lang anhaltenden Zins-Eskalation tut ein Übriges, um das wirtschaftliche Hauptziel, das baldige Erreichen des "Break-even-point" immer wieder hinauszuschieben.

Zweifelsohne werden die unter den früheren Gesichtspunkten und seinerzeitigen Gegebenheiten vereinbarten Sozialpläne neben den Auswirkungen der verschiedenen Fusionen - hier sei auf die übrige Sozialgesetzgebung verwiesen - und die unerwartet hohe Zinslast immer mehr zum Mühlstein für das Unternehmen ARBED Saarstahl, für sein Management und seine Mitarbeiter.

Mit dieser Thematik ist das Unternehmen immer wieder gut für Schlagzeilen und Kommentare.²⁷ Manchmal scheint es direkt "in" zu sein, über ARBED Saarstahl zu schreiben oder zu reden. Mein Vortrag heute fällt allerdings - die Idee dazu wurde viel früher und in anderem Zusammenhang geboren - insofern nur scheinbar in eine Phase neuerlichen Abwägens und Überlegens. Sie wissen, daß eine Arbeitsgruppe unter Leitung des langjährigen Finanz- und Wirtschaftsministers, des bisherigen Vorstandsvorsitzenden der SaarLB, Dr. Manfred Schäfer, gebildet wurde.²⁸ Sie untersucht Möglichkeiten der Kooperation zwischen Dillingen und Völklingen und wird bei ihren Untersuchungen unterstützt von der bekannten Unternehmensberatungsfirma Roland Berger & Partner. Die Hohe Behörde hat die Gewährung der jüngst beantragten Hilfen, mit der die Liquidität bis zum Jahresende sichergestellt sein sollte, von der Vergabe eines Beratungsauftrages an McKinsey abhängig gemacht. Dieses Beratungsunternehmen scheint besonders prädestiniert, weil es im Auftrage der Hohen Behörde bereits vergleichbare Untersuchungen in anderen europäischen Ländern angestellt und die Ergebnisse auf einem Computer-Programm parat hat.

Auf Wunsch der Bundes- sowie der Landesregierung hat sich die ARBED S.A. in einem Optionsvertrag verpflichtet, bis zu 76 % der Saarstahlanteile an einen gemeinsam von der Bundesrepublik und dem Saarland zu benennenden Dritten zum symbolischen Kaufpreis von 1 DM abzutreten.

ARBED im Blickpunkt der Öffentlichkeit

Sicherlich sind die angesprochenen Probleme für alle wirtschaftlich Beteiligten, das sind die Anteilseigner und die Arbeitnehmer, die Banken und die Lieferanten, aber auch Bund und Land als Bürgschaftsgeber, von außerordentlicher Tragweite. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Verflechtung und die greifbaren beschäftigungspolitischen Folgen einer Insolvenz machen das Problem immer wieder zum Kernthema für das Saarland und seine Einwohner. Und weil dies so ist, gestatten Sie mir zum Schluß die freimütige Frage: Wem nutzt es eigentlich, wenn in sonst durchaus als seriös und objektiv geltenden überregionalen Zeitungen hin und wieder Berichte zu finden sind, in denen die Akzente einfach verkehrt gesetzt sind? Bei den uninformierten, die hiesige Szenerie nicht so genau überschauenden Lesern entstehen verzerrte Bilder, die dem Unternehmen und dem Saarland schon viel geschadet haben.

Für geradezu sträflich halte ich Reportagen - gestatten Sie einem Insider, der sich seit Jahren mit den finanziellen Auswirkungen der Situation bei ARBED Saarstahl beschäftigen muß, diese Bemerkung -, wie sie unlängst die Zeitschrift "CAPITAL" im Novemberheft veröffentlicht hat. Bei allem Verständnis für politische Notwendigkeiten - Wahlkampf hin, Wahlkampf her - möchte auch ich, wie viel Berufenere es an anderer Stelle schon oft getan haben, an dieser Stelle auf die Interessenlage und die berechtigten Belange der Betroffenen hinweisen.

Der Respekt vor dem persönlichen Schicksal der heute noch knapp 15.000 bei ARBED Saarstahl Beschäftigten und deren Familien gebietet es einfach, die Tatsachen so objektiv wie möglich zu betrachten und alle Anstrengungen zu unternehmen, um die negativen Folgen der Stahlkrise für die Region zu minimieren. Daß hier im Grunde ein noch sehr viel größerer Kreis, ja alle Saarländer angesprochen sind, hoffe ich Ihnen mit meinen Ausführungen und auch mit den vorhin zitierten Zahlen der Industrie- und Handelskammer, die in deren Jahresbericht 1982 nachzulesen sind, verdeutlicht zu haben.

Insofern bin ich auch dem Vorschlag von Herrn Professor Ress, heute und hier über Stahl zu sprechen, gern gefolgt. Es würde mich freuen, wenn wir in der Diskussion noch das eine oder andere Problem, das ich

jetzt nur anreißen konnte, vertiefen würden. Gestatten Sie mir aber zunächst, nochmals ein Wort von Dr. Vondran²⁹ aufzugreifen: "Mit Stahl ist derzeit nicht viel Staat zu machen", hat er auf dem Stahlhandelstag 1983 gesagt, und wie wir soeben gehört haben, gibt der Satz leider immer noch umgekehrt ebenfalls Sinn: "Mit dem Staat wird in Europa viel Stahl gemacht".

- 1) Zur Standortfrage vgl. Industrie- und Handelskammer des Saarlandes (Hrsg.), Saarwirtschaft 1982, Teil I, S. 12 f.
- 2) Zur Demontage und Entflechtung der deutschen Wirtschaft siehe Erdmann, K.D., Die Zeit der Weltkriege, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, 2. Teilband, Stuttgart 1976, S. 622 f., 685.
- 3) Während allerdings die Bedeutung der EWG für das wirtschaftliche und politische Geschehen ständig zunahm, wird schon frühzeitig ein Funktionsverlust bei der Montan-Union konstatiert, indem etwa die Regeln des EGKS-Vertrages Mitte der 60er Jahre als 'vorzeitig veraltet' angesehen werden. Vgl. Bülow, E., Bericht über die Entwicklung des Gemeinschaftsrechts, EuR 1968, S. 409 sowie neuestens Vondran, R., War die Montanunion ein Irrtum?, FAZ v. 31.10.1984, S. 15.
- 4) Eine anschauliche Übersicht über die Rohstahlerzeugung, die Kapazitätsauslastung der Rohstahlerzeugungsanlagen sowie der Stahleisenverbrauch in Rohstahlgewicht 1982 der Mitgliedstaaten der EG gibt das EG magazin 8/84, S. 13. Zu den neuesten Zahlen der EG siehe "Stahl und Eisen" 104 (1984), Nr. 6, S. 88 sowie Saarbrücker Zeitung v. 10.12.1984, S. 9, 11, 13.
- 5) Zur Entstehung der Stahlkrise und zu den Maßnahmen der Kommission zu ihrer Behebung vgl. Stotz, R., Die EG-Stahlkrise im Lichte der Wirtschaftsverfassung des EGKS-Vertrages, Baden-Baden 1983, S. 23 ff.
- 6) Vondran, R., Vortrag "Staat und Stahl", Stahlhandelstag 1983.
- 7) Gemeinhin wird der Herbst 1974 als Beginn der Stahlkrise bezeichnet, vgl. Köhler, H.W., Zur Lage und zu den Entwicklungsaussichten der Stahlindustrie und der Wirtschaft an der Jahreswende 1975/76, Stahl und Eisen 96 (1976), S. 1; Spethmann, D., Bericht anlässlich der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie am 15. Juni 1978, Stahl und Eisen 98 (1978), S. 688. Auf der 8. Jahreskonferenz der internationalen Eisen- und Stahlindustrien ist sich allerdings der überaus größte Teil der Stahlproduzenten der Welt noch nicht darüber im klaren, daß trotz Überschreitung des Höhepunktes des Stahlbooms ein dramatisches Umschlagen der Konjunktur kurz bevorsteht. Vgl. Handelsblatt vom 14.10.1974, S. 1; FAZ vom 17.10.1974, S. 13.
- 8) Vgl. zu den damit aufgeworfenen Rechtsfragen hinsichtlich der Rechtsgrundlagen und der Ausgestaltung der Krisenmaßnahmen im einzelnen: Matthies, H., Rechtsfragen der Stahlkrise im Gemeinsamen Markt, in: Europarecht, Heft 4, 1983, S. 318 ff.
- 9) Kritisch zu den jüngsten Opfern im Zusammenhang mit der Stahlquotenregelung allerdings Davignon, E., Die Fama von den europäischen Opfern der deutschen Stahlindustrie, EG magazin 1/81, S. 6.

- 10) Zur Gründung der Internationalen Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie (DENELUX) siehe Stotz, R., a.a.O., S. 39 ff.
- 11) Die Gründung von DENELUX führte dazu, daß die europäischen Stahlindustriellen ursprünglich deutsche, später auch von den Franzosen übernommene Vorschläge aufgriffen und auf der Sitzung ihres "Club des Sidérurgistes" am 21. September 1976 in Brüssel die Gründung eines Verbandes unter der Bezeichnung "EUROFER" beschlossen. EUROFER wurde offiziell am 9. Dezember 1976 in Amsterdam als eine Vereinigung ohne Gewinnzweck im Sinne des luxemburgischen Gesetzes vom 21. April 1928 mit Sitz in Luxemburg gegründet (Stotz, R., a.a.O., S. 47).
- 12) Das in Art. 4c EGKS-V enthaltene Subventionsverbot ist dabei in der Praxis keine Schranke. Vgl. zur Auslegung des Begriffes 'Subvention' in Artikel 4c EGKS-V im Zusammenspiel mit der Ermächtigung in Artikel 95 EGKS-V Börner, B., Free Trade - Not Fair Trade, in: Der Gemeinsame Markt für Stahl, Kölner Schriften zum Europarecht, Bd. 26, Studien zum deutschen und europäischen Wirtschaftsrecht, 2. Bd., Köln, Berlin, Bonn, München 1977, S. 23 ff. Zur neueren Entwicklung der Subventionspraxis siehe Ress, G., Die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und den öffentlichen Unternehmen, in: Rechtsvergleichung, Europarecht und Staatenintegration. Gedächtnisschrift für L.-J. Constantinesco, 1983, S. 599 ff.
- 13) Vgl. hierzu Stotz, R., a.a.O., S. 58, 67 ff.; Grabitz, E./Hanlon, G., A Review of the Steel Quota Cases: Judicial Endorsement of ECSC Crisis management in: Common Market Law Review, Vol. 21, No. 1, March 1984, S. 163 ff.
- 14) Zur Frage der Gültigkeit des Subventionskodex und zur diesbezüglichen Klage der Badischen Stahlwerke vgl. Matthies, H., a.a.O., S. 332.
- 15) Trotz des Subventionsverbots nach Art. 4c EGKS-Vertrag ist das Subventionsvolumen auf über 80 Milliarden DM aufgelaufen mit der Folge erheblicher Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Stahlmarkt. Entsprechend hart fällt die Kritik aus, wonach die Kommission die Mißachtung des Subventionsverbotes dulde und versuche, die Opfer der Subventionspolitik in eine Art Solidarhaftung zu nehmen. Vgl. Industrie- und Handelskammer des Saarlandes (Hrsg.), a.a.O., S. 22. Kritisch zur Haltung der Kommission fällt auch die Stellungnahme von Franz, O., Marktwirtschaft statt Subventionen für Europas Stahlindustrie, EG magazin 3/84, S. 7, aus.
- 16) Vgl. zu dieser Praxis Vondran, R., a.a.O., S. 15. Zu den Kontrollen vgl. auch Matthies, a.a.O., S. 333 f.
- 17) Vgl. Industrie- und Handelskammer (Hrsg.), a.a.O., S. 20 ff. sowie Saarbrücker Zeitung v. 10.12.1984, S. 9, 11, 13. Dem steht allerdings die nunmehr erfolgte Einigung des Ministerrates der EG in Brüssel vom 17. Dezember 1984 entgegen. Vgl. Saarbrücker Zeitung v. 18.12.1984, S. 4.

- 18) Saarbrücker Zeitung vom 8.11.1984, S. 5.
- 19) Vgl. Industrie- und Handelskammer des Saarlandes (Hrsg.), Saarhütten in der Neuordnung, Sonderdruck aus Saarwirtschaft 1982; Teil I.
- 20) Eisen und Stahl 104 (1984), Nr. 25/26, S. 87.
- 21) Für die saarländischen Stahlunternehmen bedeutete dies, daß die Eigenkapitalquote bei Röchling-Burbach von 46 % auf 24 % und beim Neunkircher Eisenwerk von 44 % auf 21 % innerhalb von drei Jahren (1975-1977) zurückging. Vgl. Industrie- und Handelskammer des Saarlandes (Hrsg.), a.a.O., oben Anm. 1), S. 26.
- 22) Zu dieser Fusion vgl. Stahl und Eisen 104 (1984), Nr. 25/26, S. 87.
- 23) FAZ v. 26.10.1984 (Leitartikel im Wirtschaftsteil).
- 24) Grundsätzlich hierzu Industrie- und Handelskammer des Saarlandes (Hrsg.), Saarhütten in der Neuordnung, a.a.O., S. 17 ff.
- 25) Der mit der Umstrukturierung einhergehende Personalabbau muß vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung im Saarland gesehen werden. Zur Bevölkerungsentwicklung saarländischer Gemeinden in den Jahren 1974-1983 siehe Saarwirtschaft 8/1983, S. 369.
- 26) Zum sog. ROGESA-Effekt siehe Saarbrücker Zeitung v. 10.12.1984, S. 9, 11, 13.
- 27) Vgl. Seyler, A., Saarstahl und kein Ende, Saarwirtschaft 12/1983, S. 596.
- 28) Saarbrücker Zeitung v. 8.1.1985, S. 4.
- 29) Vondran, R., Vortrag "Staat und Stahl", Stahlhandelstag 1983.